

## Bern

# Bund verstärkt Überwachung

**Munitionslager** Technische Massnahmen sollen das Risiko einer Explosion in Mitholz verringern.

Mit technischen Hilfsmitteln verbessert der Bund die Überwachung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz im Oberland. Ein Expertenteam sucht zudem bis Mitte 2020 nach Möglichkeiten, um das Risiko einer neuen Explosion zu beseitigen oder wenigstens zu senken.

Die Bevölkerung von Kandergrund wurde gestern Abend über den Stand der Arbeiten informiert, wie der Kanton Bern und die Gemeinde Kandergrund gemeinsam mitteilten. Seit Sommer 2018 ist bekannt, dass das Risiko einer Explosion im ehemaligen Munitionslager höher ist als angenommen. Zurzeit werden geologische Aussensensoren installiert. Innerhalb der Anlage stehen künftig Video- und Wärmebildkameras zur Verfügung. Anfang Jahr wird zudem ein System installiert, um austretende Gase zu messen.



Mitholz im Berner Oberland: Eingang zum ehemaligen Munitionslager. Foto: Raphael Moser (Archiv)

## Kellerbunker bereithalten

Sofortmassnahmen für die lokale Bevölkerung brauche es nicht, hatten Experten bereits im Sommer festgestellt. Die Bewohner erhalten aber ein Merkblatt, damit sie sich im Fall einer Explo-

sion oder einer Evakuierung richtig verhalten. Der Bevölkerung wird unter anderem empfohlen, einen Keller vorzubereiten, in dem sich alle Hausbewohner mindestens einen Tag

aufhalten können. Zudem sollen sie auf ihrem Smartphone die Alertschwiss-App installieren. Ebenfalls vorgestellt wurde das Evakuierungskonzept. Alle Bewohner müssen sich beim Ver-

lassen des Gebietes bei einer Registrierungsstelle melden.

Der Kanton Bern gab an der Informationsveranstaltung auch bekannt, dass er eine einspurige Notumfahrung plant: Ein be-

stehender Flurweg links der Kander soll zur asphaltierten Strasse ausgebaut werden. So könnten nach einer Explosion auch Lastwagen und Busse das Schädengebiet umfahren.

## Altlast aus dem Krieg

Das Munitionslager wurde im Zweiten Weltkrieg erstellt und 1947 bei einer Explosion verschüttet. Lange Zeit ging man davon aus, dass die Munition im Berg sicher verwahrt sei.

2017 gab das VBS eine neue Risikobeurteilung in Auftrag. Externe Experten kamen zum Schluss, dass äussere Einwirkungen wie ein Felssturz oder eine Selbstzündung der Munitionsrückstände eine Explosion verursachen könnten, die auch Schäden in der nahen Umgebung zur Folge hätte.

An einer Info-Veranstaltung im Oktober hatten Bewohner deutlich gemacht, dass sie die vollständige Räumung des Lagers erwarten. Dass alles so lange daure, sei schwer verständlich. Vertreter des Bundes entgegenen damals, für einen seriösen Entscheid brauche es gesicherte Grundlagen. (sda)

## Protest am «Häftlingsbahnhof»

**Blockade** Aktivisten haben beim Berner Güterbahnhof einen Gefangenentransport verzögert.

Im Rahmen der anhaltenden Proteste gegen das geplante Rückreisezentrum für abgewiesene Asylbewerber in Prêles haben Aktivisten gestern einen Gefangenentransport an der Bahnstrasse in Bern während etwa eineinhalb Stunden blockiert. Das linksalternative Infoportal Barrikade.info schaltete gestern gegen 10 Uhr eine entsprechende Meldung über die Aktion auf – wenig später wurde die Polizei an den Ort gerufen. Die Barrikade wurde durch die Berufsfeuerwehr geräumt, acht Personen wurden laut Angaben der Kantonspolizei widerstandslos angehalten – sie müssen mit einer Anzeige wegen Nötigung rechnen.

Die Securitas führt im Auftrag der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) und des Bundes an der Bahnstrasse mehrmals pro Woche Umladungen von Häftlingen von der Strasse auf die Schiene durch, auf einen Gefängnistransport mit dem Namen «Jail-Transport-System». Solche Transporte befördern Häftlinge aller Art, einige wechseln von der Untersuchungsanstalt in eine Justizvollzugsanstalt, andere gehen den umgekehrten Weg. «Darunter können auch Ausschaffungshäftlinge sein», räumt Roger Schneeberger von der KKJPD ein. Die Zusammensetzung solcher Transporte erfolge je nach Bedarf der Kantone und umfasse verschiedene Haftformen, so Schneeberger. Einen «Ausschaffungsbahnhof», wie von den Protestierenden beschrieben, gebe es in Bern nicht.

Die Aktion richtete sich gemäss dem Communiqué der Protestierenden auf Barrikade.info auch gegen das geplante Rückführzentrum in Prêles sowie gegen sogenannte Kettenrückschiebungen (Ausweisungen in einen Drittstaat). Bereits vergangene Woche demonstrierte eine Gruppe vor dem Rathaus, am kommenden Samstag ist in Bern eine Demonstration dazu geplant. (mrm)

## Nachrichten

### Berner Schulsanierung nicht vor 2021

**Stadt Bern** Die Sanierung und Erweiterung der Volksschule im Kirchenfeld muss erneut verschoben werden. Wegen hängiger Beschwerden können die Bauarbeiten frühestens im Sommer 2021 beginnen, wie die Stadt Bern gestern mitteilte. Die Stimmberechtigten hatten 2016 den Baukredit deutlich genehmigt. Die Bauarbeiten sollten 2017 beginnen. Doch die Realisierung des Projekts setzt eine geringfügige Anpassung des Zonenplans und die Bewilligung des Bauvorhabens voraus. Gegen beide Geschäfte sind Einsprachen und Beschwerden hängig. Der Baustart wurde mehrmals verschoben. Die Stadt geht davon aus, dass die Beschwerden bis vor Bundesgericht weitergezogen werden. Bevor ein definitiver Entscheid vorliege, sei eine zuverlässige Planung der Bauarbeiten nicht möglich. Die Verschiebung des Baustarts habe Konsequenzen, schreibt die Stadt. Kurzfristige Unterhaltsmassnahmen seien nötig, die Sanierung werde teurer. (sda)

## Züchterduo blitzt vor bernischem Gericht ab

**Tierschutz** Über 100 Tiere waren eindeutig zuviel, sagt das Verwaltungsgericht.

Ein Berner Züchterduo, das mehr als hundert Tiere hielt, ist zu Recht von den kantonalen Behörden in die Schranken gewiesen worden. Zu diesem Schluss kommt das bernische Verwaltungsgericht in einem am Montag publizierten Urteil.

Innert zwei Jahren sei der Tierbestand von 50 auf gut 100 Tiere angewachsen, stellte die bernische Volkswirtschaftsdirektion kürzlich fest. Die Halter seien mit dem grossen Tierbestand offensichtlich überfordert.

Bei Kontrollen habe man wiederholt unterernährte Hunde, Katzen und Kaninchen angetroffen. Die Hunde hätten auch zu wenig Auslauf. Schlecht sei zudem das Entwurmungs-, Impf- und Hygienemanagement. Die Tierhalter, die in einem Dorf zwischen Bern und Solothurn leben, seien uneinsichtig.

### Veterinärdienst schritt ein

Im Juli 2018 sprach der kantonale Veterinärdienst ein Verbot für die Zucht und den Handel mit Tieren sowie ein teilweises Tierhalterverbot aus. Zudem ordnete er eine Reduktion des Tierbestands an. Doch davon wollten die Tierhalter nichts wissen.

Ende Oktober beschlagnahmte der Veterinärdienst 20 Hunde, sieben Katzen, acht Kaninchen, zwei Meerschweinchen und sieben Küken. Die Tierhalter legten gegen alle Entscheide Rechtsmittel ein.

Das bernische Verwaltungsgericht bestätigte nun das Zucht- und teilweise Tierhalterverbot. Die festgestellten Mängel seien für die Tiere gravierend, befand das Gericht. Die Beschwerdeführer seien offensichtlich überfor-

dert mit der grossen und ständig ansteigenden Anzahl Tiere und wehrten sich trotzdem gegen Kastrationen.

### Wohin mit den Tieren?

Entschieden ist der Fall allerdings noch nicht. Das Urteil des bernischen Verwaltungsgerichts kann noch ans Bundesgericht weitergezogen werden. Wie es mit den beschlagnahmten Tieren weitergeht, muss erst einmal die bernische Volkswirtschaftsdirektion entscheiden. (sda)



Nicht alle Tiere hatten es bei den Züchtern so gut wie dieser spielende Hund. Foto: Urs Jaudas (Archiv)

ANZEIGE

## «Der Bund» engagiert sich.

Wer liest, erfährt mehr über Kulturveranstaltungen wie Konzerte, Theater und Ausstellungen in Bern.

cameratatabern.ch

CAME  
RATA  
BERN

Natale  
a Parigi

Enrico Onofri  
 Francesca Aspromonte  
 Bernvocal

Mi 12.12.18 — 19.30 Uhr  
 Französische Kirche Bern

Arcangelo Corelli  
 Antonio Vivaldi  
 Michel Corrette

clif.ch  
 Regionaldirektion  
 Bern/Jura/Solothurn  
 Kanton Bern  
 Canton de Berne  
 Berner  
 Jura  
 Solothurn  
 STAR  
 vinetum

**Der Bund**  
Für Leser.